

vbb *magazin*

5

Mai 2016 • 55. Jahrgang

Der Bundeswehrbeamte

Zeitschrift des Verbandes
der Beamten der Bundeswehr

Geht's noch?

Seite 6 <

Staatssekretärin
Dr. Suder trifft sich
mit VBB-Delegation

Seite 30 <

Einkommensrunde
2016



Jan Brenner

Quo vadis Bundeswehr?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zurzeit ist in unserer Bundesgeschäftsstelle etwas – maritim gesprochen – Land unter. Das hängt natürlich auch mit den Personalratswahlen 2016 zusammen. Beschaffen von Werbematerialien, Erstellen von Plakaten und der Versand. Alles neben dem Kerngeschäft und mit einer kleinen, aber hoch motivierten Mannschaft. Dafür meinen herzlichen Dank an alle. Wir haben 14 Tage vor den Wahlen nochmals unsere Spitzenkandidaten der Bezirkspersonalräte nach Bonn eingeladen, Manöverkritik betrieben. Aber auch einen Ausblick in die verbandliche und personalvertretungsrechtliche Zukunft gewagt. Selbst wenn zu dem Zeitpunkt, an dem dieser Text geschrieben wird, die Wahl noch nicht erfolgt ist, sind Rückschlüsse und Verbesserungen jetzt schon offenkundig. Und wenn die Wahlen vorbei sind, die konstituierenden Sitzungen abgehalten wurden, heißt es: Nach der Wahl ist vor der Wahl.

Wie finde ich jetzt die Überleitung zur Überschrift und warum habe ich sie gewählt?

Im Moment ist noch nicht ganz sicher ob unser Verbandsmagazin vor, während oder erst nach den Personalratswahlen in Ihre Hände gelangt. Eine abschließende Bewertung aller Geschehnisse um die Personalratswahlen ist also noch nicht möglich. Und trotzdem sind in den letzten Tagen vor den Wahlen Dinge vorgefallen, die ich in den 40 Jahren, die ich als Soldat (SaZ 4) und als Verwaltungsbeamter mit Verwendungen in der Truppe, Oberbehörde und Ministerium Dienst geleistet und gearbeitet habe, noch nicht erlebt habe. Da ist es möglich, dass der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes, André Wüstner, drei Wochen vor der Personalratswahl exklusiv auf der offiziellen Seite des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) sich zu Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik äußern kann, eine Antwort auf die ihm gestellte Frage, warum Bundeswehrangehörige die Kandidaten des Deutschen Bundeswehrverbandes wählen sollen, geben darf. Da wird mit einem Fernschreiben aus der Stabsmeldezentrale Wahlwerbung für eine soldatische Liste betrieben und um Unterstützung und Weiterverteilung gebeten. Da wird über die ressortinterne Mail-Software „Lotus-Notes“ also mittels einer sogenannten „Blindkopie“ durch den Deutschen Bundeswehrverband Wahlwerbung deutschlandweit verteilt. Da berichtet der „Flurfunk“, dass auf die Kandidaten einer soldatischen Interessenvertretung, die in Konkurrenz zum Deutschen Bundeswehrverband steht, derart massiv Einfluss genommen worden sein soll,

Impressum

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle des VBB, Baumschulallee 18 a, 53115 Bonn. **Telefon:** 0228.38927-0. **Telefax:** 0228.639960. **Redaktion:** Bundesgeschäftsstelle des VBB. **Internet:** www.vbb-bund.de. **E-Mail:** mail@vbb-bund.de. **Herausgeber der dbb seiten:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Chefredaktion:** Dr. Walter Schmitz. **Redaktion:** Christine Bonath, Jan Brenner. **Fotos:** dbb, fotolia, MEV. **Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint 10-mal im Jahr und ist für VBB-Mitglieder im Beitrag eingeschlossen. Nichtmitglieder können die Zeitschrift durch den Verlag beziehen. **Verlag:** dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Versandort:** Geldern. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannan. **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Panagiotis Chrissovergis, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. **Anzeigentarif Nr. 57 (dbb magazin) und Nr. 41 (vbb magazin),** gültig ab 1.10.2015. **Druckauflage:** dbb magazin: 594378 (IVW 4/2015). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter. **ISSN 0521-7814**

>	Geht's noch?	4
>	Staatssekretär missbilligt Interview mit dem Deutschen Bundeswehrverband	5
>	Personalratswahl 2016 – VBB-Listenführer treffen sich zur Tagung in Bonn	6
>	Staatssekretärin Dr. Suder trifft sich mit VBB-Delegation	6
>	VBB im Gespräch mit Abteilungsleiter Personal, Vizeadmiral Rühle, und seiner Stellvertreterin Sabine Grohmann	8
>	66. Sitzung der Koordinierungsgruppe BMVg Berlin	9
>	Organisationsanalyse BMVg	10
>	BUNDESWEHR IN FÜHRUNG: Ein stichprobenartiger Praxistest	10
>	Bundeswehrfeuerwehr: „Wir sind auf dem richtigen Weg“	11
>	Bundeswehrfeuerwehr und technischer Dienst: Frühjahrssitzung der Arbeitsgruppe Technik (AGT)	12
>	VBB zu Besuch bei der Bundeswehrfeuerwehr in Büchel	14
>	Neue Unterstützung in der VBB-Geschäftsstelle!	14
>	Leserbrief	15
>	Von unseren Lehrinstituten	15
>	VBB-Frauenvertretung	17
>	Aus unseren Bereichen und Landesverbänden	18
>	Personalmeldungen	24
>	Blutspendetermine Juni 2016	25

dbb

>	Sichere Behördenkommunikation: Die Katze im Sack lassen	26
>	Sozialwahl 2017 – unsere Kandidaten	28
>	Einkommensrunde 2016 für Bund und Kommunen: 4,75 Prozent – vieles gestaltet – manches verhindert	30
>	Demos und Warnstreiks: Der Vernunft Beine gemacht	31
>	In eigener Sache: Gegenwehr gegen Gewalt	34
>	Renten-/Pensionenvergleich: Substanzlos, aber medienwirksam	35
>	Versorgungsrücklage: Zukunftssicher gestalten	35
>	Gespräch mit Hessens Innenminister Peter Beuth: Kontaktpflege in Berlin	38
>	Anhörung im Bundesfamilienministerium: Schutz für alle Mütter	38
>	Der Fall des Monats	39
>	24. Europäischer Abend: Europas Zukunft – Aufbruch oder Abbruch	40
>	Übergang in den Ruhestand	44
>	Interview mit Klaus Bouillon, Minister für Inneres und Sport des Saarlandes, Vorsitzender der IMK	46

bis zum Verweis auf mögliche berufliche Konsequenzen, dass Kandidaten des Verbandes sich nicht nur von dieser Liste haben streichen lassen, sondern auch aus dem besagten Verband ausgetreten sein sollen. Und das alles geschah unter den Augen der Leitung des Verteidigungsministeriums und ohne deren Kenntnis?!

Hat mancher interner und/oder externer Betrachter schon in der Vergangenheit den Eindruck gewinnen können, Verteidigungsressort und Deutscher Bundeswehrverband stünden in einer nahezu symbiotischen Beziehung zueinander, so ergeben diese Vorgänge ein merkwürdiges Bild. Wenn man sich nochmals die Regelungsinhalte des Attraktivitätssteigerungsgesetzes ins Gedächtnis ruft und weitere gesetzliche und untergesetzliche Verbesserungen, die fast ausnahmslos nur den Soldatinnen und Soldaten zugute gekommen sind, feststellt, wie wenig kritische Töne im Allgemeinen von der maßgeblichen Interessenvertretung der Soldaten zu hören sind, kann man schon ins Grübeln kommen. Verstehen Sie mich nicht falsch, ich neide den

Soldatinnen und Soldaten das für sie Erreichte nicht, aber in Zusammenhang mit den Vorkommissionen rund um die Personalratswahlen beschleicht einen das merkwürdige Gefühl eines stillschweigenden Überkommens: Tust Du mir nichts, tue ich Dir Gutes. Alles nur Fantasie oder auch mit Wahrheit garniert?

Ich habe viele Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen geführt. Das liegt in der Natur der Sache. Viele haben mir berichtet, das fast ausnahmslos überall dort, wo in Dienststellen und Behörden, die gemäß des immer noch geltenden „Dresdner Erlasses“ Teil der Bundeswehrverwaltung sind und die von Soldaten geleitet werden, der Umgangston ein anderer geworden sei – militärischer. Besprechungen gleichen Befehlsausgaben. Ein ehemaliger Bereichsvorsitzender erzählte mir von dem Besuch einer politischen Veranstaltung, in der in Anwesenheit eines Abgeordneten des Deutschen Bundestages und mit dessen positiver Zustimmung sinngemäß gesagt wurde: Die Verwaltung funktioniere nur, wenn sie Uniform trage, an-

sonsten sei alles träge und langsam. Nur ein bedauerlicher Einzelfall oder bereits erste Anzeichen eines – politischen Sinneswandels.

Da wird von einem soldatischen Vorgesetzten die Bewerberin auf einen zivilen Dienstposten von der Vorstellungsliste ohne Angabe von Gründen gestrichen, weil sie wohl von einem nicht mehr „gelittenen“ Kollegen aufgefordert wurde, sich zu bewerben. Doppelkodierung von Dienstposten in der Bundeswehrverwaltung zur Besetzung von Soldaten und Beamten, einheitliche Prüfkriterien zur Auswahl für den Personalbedarf bei Soldaten, Arbeitnehmern und Beamten.

Die Reihe der Beispiele ließe sich fortsetzen. Mir drängt sich dabei der Eindruck auf, dass alle diese „Mosaiksteine“ zusammengesetzt ein Bild ergeben könnte, eine Bundeswehr mit einem anderen – militärischem Gesicht.

Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Rainer Arnold, hat vor einiger Zeit darauf hinge-

wiesen, dass seiner Ansicht nach die Anzahl der Soldatinnen und Soldaten im Verteidigungsministerium zunähme. Diesem Eindruck kann man nicht widersprechen. Wenn von seiner Fraktion angemahnt wird, eine bessere Trennung von soldatischen und Verwaltungsaufgaben sei erforderlich, so hat er erstens recht und zweitens kann man mit der Entflechtung bei den ca. 4.500 Soldatinnen und Soldaten beginnen, die bereits heute in der Verwaltung ihren Dienst leisten. Deren Rückführung zu ihren, ihrem Status entsprechenden Aufgaben würde zu einer signifikanten Entlastung der Streitkräfte führen. Damit bin ich wieder am Anfang und teile die Aussagen von Bernd Henkel aus der letzten Ausgabe des Verbandsmagazins: „Schuster bleib' bei Deinem Leisten“.

Herzlichst

Ihr



Wolfram Kamm

Geht's noch?

Dem aufmerksamen Leser der Internetseite des Bundesministeriums der Verteidigung wird nicht entgangen sein, dass dem Vorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbandes, André Wüstner, im Rahmen eines Interviews Gelegenheit gegeben wurde, zu Fragen der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik Stellung zu nehmen. Ist für sich allein genommen die Tatsache, dass das Bundesministerium der Verteidigung ausschließlich einer Interessenvertretung Gelegenheit zur Eigendarstellung einräumt bemerkenswert, so gewinnt die Angelegenheit durch den Zeitpunkt der Ver-

öffentlichung auch in anderer Hinsicht zusätzlich an Brisanz.

Wie allgemein bekannt, so dürfte auch der Leitung des Ministeriums nicht entgangen sein, dass in der Zeit vom 9. Mai bis 11. Mai 2016 in der gesamten Bundeswehr Personalratswahlen stattfinden. So wird aus besagtem Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Interviews eine offene Unterstützung des Verteidigungsministeriums für den Deutschen Bundeswehrverband für alle klar erkennbar. Im Besonderen ist es an Dreistigkeit nicht mehr zu überbieten, dass dem Vorsitzenden des Deutschen

Bundeswehrverbandes, André Wüstner, vonseiten des Verteidigungsministeriums mit der letzten Frage:

Zitat: „Im Mai finden im Geschäftsbereich des BMVg Personalratswahlen statt. Warum sollten die Bundeswehrangehörigen ihre Stimme den Kandidaten des Deutschen Bundeswehrverbandes geben?“ Zitat Ende, eingeräumt wird, Wahlwerbung nicht nur für den Deutschen Bundeswehrverband, sondern auch für die Kandidaten des Deutschen Bundeswehrverbandes zu machen. Zugleich ist über eine „Verlinkung“ von der offi-

ziellen Internetseite des Verteidigungsministeriums ein direkter Zugriff auf die Internetseite des Deutschen Bundeswehrverbandes möglich.

Der Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) hat in einem Schreiben an die Bundesministerin der Verteidigung, Frau Dr. Ursula von der Leyen, nicht nur um eine generelle Gleichbehandlung gebeten, sondern auch, bezogen auf den vorliegenden Sachverhalt, darauf hingewiesen, dass durch die Form und den Zeitpunkt der Veröffentlichung bei den Beschäftigten der Eindruck entsteht, das Verteidigungsmini-

nisterium gibt eine Wahlwerbung und Wahlempfehlung für den Deutschen Bundeswehr-Verband und dessen Kandidaten für die bevorstehenden Personalratswahlen ab. Könnte man aufgrund der Tatsache, dass neben dem Text auch ein Foto des Bundesvorsitzenden des Deutschen Bundeswehr-Verbandes, André Wüstner, zu sehen ist, ableiten, dass er sich mit seiner Antwort auf die Frage zu den Personalratswahlen nur auf die Soldaten bezieht, wird durch die Formulierung in der Frage „... sollten die Bundeswehrangehörigen ...“ und die darauf gegebene Antwort eine Verbindung zu den Beschäftigten aller Statusgruppen klar erkennbar.

Dieser Vorgang ist in seiner Art in negativem Sinne einmalig.

Das Bundesministerium der Verteidigung muss sich fragen lassen, wie man es mit dem Neutralitätsgebot, Gleichheitsgrundsatz und der hier offenkundig vorliegenden Einflussnahme auf das Wahlverhalten der Beschäftigten angesichts der unmittelbar bevorstehenden Personalratswahlen hält.

Der Deutsche Bundeswehr-Verband andererseits muss sich die Frage gefallen lassen, ob er nicht durch solche Vorgänge billigend in Kauf nimmt, den Eindruck einer Abhängigkeit seines Verbandes von den offiziellen Vertretern der Amtsseite zu erwecken. Die Auftritte von Herrn Wüstner in Uniform sind durchaus geeignet, die Unabhängigkeit des Deutschen Bundeswehrverbandes

infrage zu stellen, denn es könnte auch der Eindruck entstehen, der Deutsche Bundeswehr-Verband, vertreten durch seinen Vorsitzenden in Uniform, sei das Sprachrohr sowohl aller Soldatinnen und Soldaten, wie auch der in militärischer Führungsverantwortung stehenden Generale und Admirale. Offenkundige Bevorzugungen der Soldatinnen und Soldaten in den vergangenen – auch gesetzlichen Maßnahmen könnten durchaus die Schlussfolgerung zulassen, Bundesverteidigungsministerium und Deutscher Bundeswehr-Verband befänden sich in einer geradezu symbiotischen Beziehung.

Eine Interessenvertretung, die sich so in den Verdacht einer

möglichen Abhängigkeit von politischen und amtsseitigen Vertretern begibt, sollte sich die Frage nach dem eigenen Selbstverständnis stellen.

Letzten Endes werden die Wählerinnen und Wähler zu entscheiden haben, was von solchen „Merkwürdigkeiten“ zu halten ist.

Der Verband der Beamten der Bundeswehr bleibt seinem Grundsatz treu:

„Kompetent und Kritisch“.

Wir leisten uns noch den „Luxus“, auch öffentlich um der Sache willen konstruktiv zu kritisieren, für unsere Mitglieder, für die Angehörigen der Bundeswehrverwaltung und der Bundeswehr. ■

Staatssekretär missbilligt Interview mit dem Deutschen Bundeswehr-Verband

In einem Telefongespräch mit dem Bundesvorsitzenden des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB), Wolfgang Kamm, hat der Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), Gerd Hoofe, seine Missbilligung über das auf der Internetseite des Verteidigungsministeriums veröffentlichte Interview mit dem Vorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbandes (DBwV), André Wüstner, zum Ausdruck gebracht. Im Besonderen die zeitliche Nähe zu den anstehenden Personalratswahlen sei nicht akzeptabel.

Der VBB hatte in einem Schreiben an die Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Ursula von der Leyen, seine Verwunderung und seine Verärgerung über diese „Exklusivität“ in der Behandlung einer Interessenvertretung geäu-

bert. Gerade die zeitliche Nähe zu den Personalratswahlen und die mit einer Frage erbetene Einschätzung von Herrn Wüstner, warum Bundeswehrangehörige die Vertreter des Deutschen Bundeswehrverbandes wählen sollten, sei als Parteinahme und Wahlwerbung/Wahlauforderung des Verteidigungsministeriums zugunsten eines Verbandes zu verstehen.

Der VBB hat darüber hinaus eine Gleichbehandlung noch rechtzeitig vor den Personalratswahlen eingefordert.

Staatssekretär Hoofe hat sein Bedauern über diesen Vorgang zum Ausdruck gebracht. Er sei nicht genehmigt gewesen und würde auch nicht gebilligt. Im Weiteren hat Staatssekretär Hoofe Herrn Kamm zugesichert, dass alle anderen in der

Bundeswehr vertretenen Gewerkschaften und Verbände die Gelegenheit erhielten, sich in gleicher Weise noch vor den Personalratswahlen zu präsentieren.

Weiterhin hat Staatssekretär Hoofe klargestellt, dass der, ihm durch den VBB zur Kenntnis gebrachte, mit der Personalratswahl in Zusammenhang stehende Versand eines Fernschreibens zu Werbezwecken für eine Liste der Soldaten zum Hauptpersonalrat über die Stabsmeldezentrale weder zulässig noch akzeptabel sei.

Die Rechtmäßigkeit des Versandes von Werbematerial des Deutschen Bundeswehrverbandes in Zusammenhang mit der Personalratswahl mittels der bundeswehrinternen Mail-Software „Lotus-

Notes“ als sogenannte „Blindkopie“ werde geprüft. Sollte die Prüfung eine Rechtmäßigkeit ergeben, stünde dieser Verteilerweg künftig allen Verbänden und Gewerkschaften offen.

Wir veröffentlichen die Antwort von Staatssekretär Hoofe an dieser Stelle auf seine Bitte hin und danken ihm für seine Offenheit und Klarheit.

Über die vorhandenen oder nicht vorhandenen Informations- und Kommunikationswege des Presse-/InfoStabes für die Leitung des Verteidigungsressorts, die mangelnde Sensibilität in der Einschätzung möglicherweise leitungssrelevanter Vorgänge und die in negativem Sinne „Einmaligkeit“ dieser Sachverhalte mag sich der geneigte Leser sein eigenes Urteil bilden.

Für den Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) war mit diesen Vorgängen die Grenze des Tolerierbaren bei Weitem überschritten. Ein solches Vorgehen hat mit einer „anständigen“ Auseinandersetzung mit der gewerkschaftlichen/verbandlichen Konkur-

renz nach unserer Ansicht nichts mehr zu tun. Das ist nicht unser Niveau.

Aber wir werden unsere Lehren aus dem Geschehenen ziehen.

Für die anstehenden Personalratswahlen aber gilt:

- > Wählen Sie Offenheit, Gradlinigkeit, Ehrlichkeit im Umgang.
- > Wählen Sie Sachkenntnis und Einsatz für die Bundeswehrverwaltung und ihre Beschäftigten, auch wenn nicht immer alles zu 100 Prozent erreicht wird. Wir bleiben dran.

- > Wählen Sie Offenheit in der Kritik – wenn sie angebracht ist.
- > Wählen Sie das Original und keine Kopie.
- > Wählen Sie den Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB).
- > Wählen Sie die Liste 2. ■

Personalratswahl 2016 – VBB-Listenführer treffen sich zur Tagung in Bonn

Die Personalratswahlen standen unmittelbar bevor – Zeit, um noch einmal alle Listenführer zusammenzurufen, um den direkten Austausch mit der Bundesleitung des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) aber auch untereinander zu ermöglichen!

Wir danken den Kolleginnen und Kollegen ganz herzlich für Ihren Einsatz, setzen sie sich doch bereits jetzt tagtäglich für die Rechte und Arbeitsbedingungen der Beamtinnen und Beamten in der Bundeswehr vor Ort ein.

Der VBB – die erste Wahl für alle Beamtinnen und Beamten in der Bundeswehr! ■



Staatssekretärin Dr. Suder trifft sich mit VBB-Delegation

Rüstungsprojekte, Rüstungsmanagement, organisatorische Nachjustierung im BAAINBw und die Lage des technischen Dienstes in der Bundeswehr, das sind nur einige Themen, die nicht nur die für Rüstungsfragen zuständige Staatssekretärin Dr. Suder, sondern auch den Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) bewe-

gen. Weil „Reden HILFT“, trafen sich der Bundesvorsitzende des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB), Wolfgang Kamm, der stellvertretende Bundesvorsitzende Dr. Hans Liesenhoff sowie der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Technik (AGT) im VBB, Klaus Schütte, mit Staatssekretärin Dr. Suder, um in einer of-

fenen und konstruktiven Atmosphäre Themen rund um die Rüstungsprojekte zu diskutieren. Personalbezogene Fragen sowie Themen rund um den Beamten des technischen Dienstes wurden unmittelbar von der stellvertretenden Abteilungsleiterin Personal im BMVg, Sabine Grohmann, kompetent beantwortet.

Alle Gesprächsteilnehmer waren sich einig, dass das zu enge Personalkorsett der letzten Jahre nicht unwesentlich zu den Problemen im Bereich der Rüstung beigetragen hat. Der Bundesvorsitzende zeigte Verständnis, dass die sogenannten Leuchtturmprojekte im politischen Interesse stehen und priorisiert, personell und materi-

ell ausgestattet werden, um die vorgegebenen Zeitlinien zu halten. Es handelt sich hierbei um technisch wie vergaberichtiglich anspruchsvolle Vorhaben, die allerdings, und das wird häufig verdrängt, von vielen anderen Projekten abhängen. Aus Sicht des VBB dürfen deshalb die Personalverschiebungen nicht zulasten der anderen Projekte und Aufgaben gehen, da sonst ein hohes Risiko im Gesamtgefüge eingegangen wird. Hier sollten die Sorgen der Kolleginnen und Kollegen vor Ort ernst genommen werden und eine Lösung, die allem Rechnung trägt, herbeigeführt werden.

Frau Staatssekretärin Dr. Suder, wie auch Frau Grohmann bestätigten, dass die Abteilungen beim Erfolgsfaktor Personal im engen Austausch stehen und Konzepte zu mehr Flexibilität in diesem Bereich bereits erarbeitet und umgesetzt werden und wurden.

Sorgen bereitet noch der Personalmangel im gehobenen technischen Dienst, der kurzfristig nicht zu beheben ist. Der VBB fordert bereits seit Langem die (Wieder-)Einführung der Technikerzulage, eines Personalgewinnungszuschlags und eines Personalbindungszuschlags sowie die intelligente Stellenbündelung – alles aus seiner Sicht geeignete Hilfs-



mittel, um auch hier Personal an die Bundeswehr zu binden und qualifiziertes neues Personal zu gewinnen. Für den VBB ist klar: die Bundeswehr muss sich hier etwas einfallen lassen, um wieder konkurrenzfähig zu werden.

Auch die starren Obergrenzen in Zusammenhang mit dem Personal stehen einer aufgabenbezogenen und bedarfsgerechten Personalausstattung im Weg. Erste, bekanntgewordene Eckpunkte aus dem neuen Weißbuch deuten nach Ansicht des VBB in die richtige Richtung. In diesem Zusammenhang wurden Möglichkeiten diskutiert, um die Mehrfachbelastungen für die Kolleginnen und Kollegen umgehend zu senken und gleichzeitig die Agenda Rüstung voranzubringen.

Offen wurde von der VBB-Delegation auch das Thema

Agenturlösung im BAAINBw angesprochen. Staatssekretärin Dr. Suder machte einmal mehr deutlich, dass ihr dieses Konzept schon bei Amtsantritt vorgeschlagen wurde, sie aber bereits damals aus verschiedensten Gründen eine Umsetzung abgelehnt hat, auch wenn sie auch die Pro-Argumente verstünde. Daran habe sich bis heute nichts geändert und dies habe sie frühzeitig kommuniziert. Unverständlich ist ihr jedoch die Sorge, die alleine der Begriff bei den Kolleginnen und Kollegen auslöst. Der Bundesvorsitzende konnte diesen Sachverhalt mit einem kleinen Exkurs in die jüngere Vergangenheit politischer Aktivitäten aufklären. Schließlich gab es durchaus Erfahrungen, dass Reformen der Türöffner für Privatisierung, Aufgabenverlagerung und ein Herauslösen aus dem Aufgabengebiet der Bundeswehr mit negativen

Folgen war – siehe zuletzt die Abgabe der Personalabrechnung.

Zum Ende des Gesprächs machte Staatssekretärin Dr. Suder noch einmal an verschiedenen Beispielen deutlich, dass ihr das Personal sehr am Herzen liegt und sich die Leitung des BMVg intensiv mit Personalthemen befasst, z. B. in regelmäßigen direkten Besprechungen mit dem BAAINBw, aber auch im Rüstungsboard. In etwa zwei Wochen wird wieder der Rüstungsbericht veröffentlicht. Ja, nicht alles läuft immer glatt, ABER wir haben auch etliche echte Erfolge, die oft gerne übersehen werden. Staatssekretärin Dr. Suder ist stolz auf diese Ergebnisse und dankt den Kolleginnen und Kollegen ganz herzlich für ihre Arbeit – immerhin darf man die Vielfalt der Aufgaben, die die Bundeswehr zu bewältigen hat, nicht vergessen. Der VBB regte an, den begonnenen Dialog – gerade im Zusammenhang mit dem Zielbild Rüstungsmanagement – fortzusetzen und weiter auf die Kolleginnen und Kollegen vor Ort zuzugehen. In diesem Zusammenhang signalisierte Staatssekretärin Dr. Suder, dass sie gerne bereit ist, sich wieder mit den Kolleginnen und Kollegen direkt auszutauschen. Der VBB wird hier gerne eine geeignete Plattform bieten. ■

VBB im Gespräch mit Abteilungsleiter Personal, Vizeadmiral Rühle, und seiner Stellvertreterin Sabine Grohmann

Auf Einladung des Abteilungsleiters Personal im Bundesministerium der Verteidigung, Herrn Vizeadmiral Rühle, fand ein erneutes Gespräch mit dem Bundesvorsitzenden des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB), Wolfram

Kamm, und der stellvertretenden Abteilungsleiterin Personal, Sabine Grohmann, zur Personalsituation in der Bundeswehr statt.

Einstiegsthema war einmal mehr das Thema Binnenarbeits-

markt. Der Binnenarbeitsmarkt in der Bundeswehr ist nichts Neues, jedoch wird immer wieder die Frage des „wie“ diskutiert. Wolfram Kamm betonte einmal mehr, dass in diesem Zusammenhang die Laufbahnausbildung als Qualitätsstandard

nicht aufgegeben werden darf. Frau Grohmann bestätigte, dass in dem Dachkonzept Binnenarbeitsmarkt dies auch so festgeschrieben sei. Gleichzeitig dürfe man jedoch auch nicht vergessen, dass es sich hierbei auch um ein Instrument handelt,

welches im Rahmen der Quoten zum Ergänzungsbedarf u. a. infolge der Altersstruktur herangezogen werden kann. Der VBB erklärte, dass er gerade bei Spezialqualifikationen – wie im technischen Dienst – gerne diskussionsbereit sei, dass man jedoch den Grundsatz und die Reihenfolge Laufbahnausbildung, Aufstieg, andere Bewerber nicht aufgeben dürfe.

Das weitere Gespräch stand unter dem Titel „Trendwende Personal“. Hier wurden bereits erreichte Ziele wie der Erhalt des Praxisaufstiegs besprochen, aber auch notwendige Veränderungen und neue Regelungen, wie beispielsweise die Unterscheidung zwischen Fachkarriere und Generalisten-

karriere im Rahmen einer neuen Personalentwicklungskonzeption, besprochen.

Zielsetzung – auch im Sinne des Slogans „Aktiv. Attraktiv. Anders“ – muss sein, seitens des Ministeriums eine bedarfsorientierte, förderliche und sinnvolle Personalpolitik zu betreiben. Das vorhandene Personal – gerade auch bei Spezialqualifikationen – kann nur abgebaut werden, wenn die Bundeswehr nicht nur von Attraktivität redet, sondern diese auch bietet. Ein Weg dahin ist beispielsweise die Durchlässigkeit der Laufbahnen oder eine intelligente Dienstpostenbündelung, die dem Einzelnen auch eine Zukunftsperspektive bietet. Auch muss die Dienstpos-



VBB

tenbewertung und -ausstattung immer wieder kontrolliert werden. So verzeichnet beispielsweise der Sozialdienst seit Jahren einen Aufgabenzu-

wachs, ohne auch die entsprechenden Dienstposten anzupassen. Über den Fortgang der Gespräche werden wir berichten.

66. Sitzung der Koordinierungsgruppe, BMVg Berlin

Am 20. April 2016 nahm der Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) an der 66. Koordinierungsgruppensitzung im Bundesministerium der Verteidigung in Berlin teil. Die Veranstaltung dient der Information der Gewerkschaften und Verbände. Themen waren unter anderem: strategisches Personalmanagement und Organisation, Personalentwicklung und

Personalführung sowie Personalgewinnung. Darüber hinaus wurden Einzelfragen zur Organisation, dem Personal und der Agenda „Bundeswehr in Führung – Aktiv. Attraktiv. Anders“ beantwortet, wie beispielsweise zum Sachstand Organisationsanalyse Bundeswehrfeuerwehr, dem Travelmanagement Bundeswehr oder den Kooperationsbetrieben.

Der VBB hatte im Vorfeld noch weitere Anfragen zu den Themen Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung der zivilen Arbeitsplätze, Sachstand zum Personalverwaltungssystem des Bundes, Sachstand Evaluation Personalgewinnungsorganisation bzw. Erläuterung der Grundlage für Organisationsgrundentscheidungen mit der Bit-

te um Berücksichtigung und Beantwortung in der Sitzung übermittelt. Eine mündliche Diskussion konnte aufgrund des engen Zeitplans hierzu nicht erfolgen, es wurde uns jedoch zugesichert, dass wir diese Fragen mit dem Protokoll zeitnah beantwortet bekommen. Wir werden Sie zeitnah weiter informieren.



Uwe Grauwinkel/BMVg